

Wenig Religionsfriede im Heiligen Land

Der Dialog zwischen den Bekenntnissen kommt in Israel nur mühsam in Gang / Von Ludwig Watzal

Jerusalem und das Heilige Land haben historisch im menschlichen Bewußtsein schon immer einen besonderen Platz eingenommen. Welcher Ort könnte deshalb geeigneter für einen Dialog zwischen Juden, Christen und Muslimen sein als Israel oder Palästina? Allen drei monotheistischen Religionen gilt Jerusalem als heiliger Ort. Er stellt für Gläubige ein religiös aufgeladenes Symbol dar, dessen Spiritualität die Erwartungen, Zweideutigkeiten, Befürchtungen, Mißtrauen und die politischen Ideen von Menschen verkörpert.

Der interreligiöse Dialog in Israel wird durch eine Vielzahl religiöser Gruppierungen nicht gerade erleichtert. Unübersehbar fast ist die Vielfalt der Kirchen im Nahen Osten. Man braucht als Europäer schon einen Stammbaum der Konfessionsfamilien, um sich zurechtzufinden. Manche Geistliche erkennt man nur an ihrer Kopfbedeckung: die zylindrische der Griechen, die kapuzenartige der Armenier sowie die verschiedenen runden der Syrer und Koppen. Die Katholiken gehen in Soutane und barhäuptig, und die Protestanten sind sowieso nicht zu identifizieren, weder durch Kleidung noch durch Kopfschmuck. Die unübersichtliche Zahl der christlichen Gemeinschaften in Israel kann man in vier Kategorien einteilen: Orthodoxe, Monophysiten, Katholiken (lateinische und unierte) und Protestanten. Sie setzen sich aus 20 alten und einheimischen Kirchen sowie aus 30 protestantischen Gruppen zusammen. Mit Ausnahme der ältesten Nationalkirche – der armenischen – und einiger anderer sprechen die einheimischen Kirchen überwiegend Arabisch.

Trotz vielfältiger Schwierigkeiten innerhalb der christlichen Gemeinschaften haben sich eine Vielzahl von Organisationen gebildet, die sich für ein besseres Verständnis nicht nur der Christen untereinander, sondern auch zwischen Juden und Christen sowie zwischen allen drei monotheistischen Religionen einsetzen. In diesem Zusammenhang seien nur einige erwähnt.

1. Die Israel Interfaith Association. „Ein kleiner aktiver Kreis, der im Herzen der Dinge arbeitet“, so charakterisiert Michael Krupp, Beauftragter der Berlin-Brandenburgischen Kirche für das interreligiöse Gespräch, die älteste Vereinigung ihrer Art in Israel. Sie wurde 1957 gegründet. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten Zalman Shazar, Moshe Sharett, Martin Buber, Hugo Bergmann, Amin Jarjura und Gershon Agron. Die Mitglieder sind Juden, Christen, Muslime, Druzen und Bahai. Die augenblickliche Mitgliederzahl beträgt 800. Interfaith hat sich zum Ziel gesetzt, das gegenseitige Verstehen und den Respekt zwischen den Religionen zu fördern und sich für einen religiösen Pluralismus in der israelischen Demokratie einzusetzen. Die Arbeit dieser Organisation wird oft durch die Umstände wechselnder Situationen bestimmt. Viele Aktivitäten müssen zwangsläufig in Kooperation mit öffentlichen Körperschaften stattfinden. So gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Kulturministe-

rium; beide Einrichtungen führen Bildungsprogramme für arabische und jüdische Jugendliche oder Ferienlager für dieselbe Klientel durch. Interfaith hat Zweigstellen in vielen Orten Israels; dort werden Vorträge organisiert und Besuche abgestattet. Die Förderung des Dialogs auf Gemeindeebene ist ein erster Schritt zu einem positiven religiösen Dialog. Interfaith bemüht sich intensiv, auch die Muslime in den Dialog miteinzubeziehen. Nach den Worten Michael Krupps war es sehr schwer, mit Muslimen einen intellektuell-religiösen Dialog zu führen. Zu Beginn fand der jüdisch-christlich-muslimische Dialog auf kultureller Ebene statt. Die arabische Mitwirkung war hier besonders groß, weil es auf arabischer Seite wenig Kulturarbeit gab. Es war oft die einzige Möglichkeit, sich kulturell zu betätigen. Die Orientalen reden nach Krupp nicht primär intellektuell über Religion, sondern praktizieren sie in Ritualen. Dies ist ein Problem des Islam als „prämoderner“ Religion. Deshalb war der Dialog im Sozialen und Kulturellen immer stärker als im Religiösen. Es gab gemeinsame Theatergruppen oder Nachhilfeunterricht für Schüler durch Juden und Araber. Diese Arbeit war bis 1973 bestimmend. Durch den Yom-Kippur-Krieg kam es zu einer empfindlichen Abkühlung zwischen Arabern und Juden sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten. Der Dialog selbst fand immer nur in Israel statt. Er hat die grüne Grenze nie überschritten. Nach Krupp war es nie die Absicht, in die besetzten Gebiete zu gehen, „weil diese Dinge politisch geklärt werden müssen. Sie lassen sich nicht durch politische Goodwill-Touren lösen. Dies ist einfach zu schwer.“

Die Menschenrechte und die Religionen

Interfaith veranstaltete am dritten Jahrestag der Intifada im Hebrew Union College in Jerusalem zum Thema „Die religiösen Aspekte der Menschenrechte: Juden, Christen, Muslime“ eine Veranstaltung, auf der Noam Zohar, Mitglied der Gruppe „Geistliche für den Frieden“, Thomas Stransky, Direktor von Tantur, und Razi Hamad Abu Raya, Lehrer und Schriftsteller in dem galiläischen Dorf Sachnin, zu Aspekten der Menschenrechte aus der Sicht ihrer jeweiligen Religion sprachen. Durch die Einladung zweier Repräsentanten der palästinensischen Befreiungstheologie im April 1991 zog sich die Organisation den Zorn der Regierung zu. Erstmals sprachen der Leiter von al Liqa, Gerjes Sa'ed Khoury, und Munib Jounan, lutherischer Pastor in Ramallah, über die Schwierigkeiten der palästinensischen Christen mit dem Gott des Alten Testaments. Die Diskussion stellte sich als sehr schwierig heraus, da kontradiktorische Auffassungen, insbesondere über „Landnahme“ und „Erwählung“, aufeinanderprallten. Dieser äußerst delicate Dialog soll aber fortgesetzt werden.

Interfaith ist auch von Rückschlägen nicht verschont geblieben. Finanzielle Mißwirtschaft führte zum Sturz des Gene-

raisekretärs Joseph Emanuel. Die Arbeit wurde auch durch die Intifada beeinträchtigt, da man lange Zeit nicht wußte, wie darauf zu reagieren sei. „Emanuelns Verdienst bleibt es jedoch, viel zum Aufbau der Organisation in Israel beigetragen und die Beziehungen zum Islam aufgebaut zu haben.“ Die Einladung der Vertreter von al Liqa (Der Treff) und der „Islamischen Bewegung“ führte dazu, daß die Regierung daraufhin ihre Unterstützung einstellte. Jetzt sei die Organisation „wirklich unabhängig“.

2. Die Rainbow-Gruppe. Dieser reine Akademikerzirkel wurde 1965 gegründet. Entsprechend den Farben eines Regenbogens wurden jeweils sieben Juden und Christen ausgewählt, „die das Herz der ökumenischen Arbeit darstellen sollten“, wie es der langjährige Generalsekretär Michael Krupp ausdrückte. Die Treffen dieses elitären Privatclubs finden hinter verschlossenen Türen statt. „Ein Ziel war es, diesen Kreis klein zu halten.“ Der Kreis umfaßte nie mehr als 50 Mitglieder. Er weist eine Asymmetrie auf, da von christlicher Seite ohne Ausnahme Kleriker daran teilnehmen, wohingegen von jüdischer Seite Vertreter der Universitäten oder anderer öffentlicher Einrichtungen beteiligt sind. Die Vertreter der westlichen Kirchen beteiligen sich primär aus religiösem und theologischem Interesse, den Juden dagegen geht es um historische, soziologische und politische Fragestellungen.

Verweigerung und „Proselytentum“

3. Die Ecumenical Theological Research Fraternity. Die Fraternity (Bruderschaft) wurde im Februar 1966 in Jerusalem von einer Gruppe in Israel lebender Geistlicher und Theologen gegründet. Es ist ein christlicher Kreis. Mit der Gründung beabsichtigte man nach Petra Heldt, Generalsekretärin der Fraternity, „die jüngste Vergangenheit durch eine fundamentale Neubestimmung gegenüber dem jüdischen Glauben und Volk aufzuarbeiten“. Seit der Gründung wird die Fraternity vom Weltrat der Kirchen und dem vatikanischen Sekretariat für die Einheit der Christen unterstützt. Sie besteht etwa zu gleichen Teilen aus Protestanten und Katholiken sowie einigen Mitgliedern der Ostkirchen. Die Präsidentschaft alterniert zwischen Protestanten und Katholiken. Die Arbeit wird von westlich orientierten Christen getragen, sie wird aber durch die hohe Fluktuation immer wieder beeinträchtigt. Die Organisation verwirklicht Studienprogramme, deren Themen von den Mitgliedern festgelegt und durch monatliche Vorträge vertieft werden. Ein christliches Studentenforum bietet ausländischen Theologiestudenten Informationen über die Situation in Israel an, um dadurch zu einer besseren Integration von Studium und Praxis beizutragen. Das Journal „Immanuel“ veröffentlicht wissenschaftliche Beiträge zu Fragen der Religion und des interreligiösen Dialogs in Israel. Durch politische, religiöse und persönliche Differenzen mit der derzeitigen Generalsekretärin kam es zu einer Austrittswelle, die die Fraternity ein Drittel ihrer Mitglieder

kostete. Die Arbeit hat erheblich gelitten, weil sie nicht mehr durch die gesamte christliche Gemeinschaft getragen wird und ganze Institutionen weggebrochen sind.

4. Das Tantar Ecumenical Institute for Theological Studies. Südlich von Jerusalem, an der Straße nach Bethlehem, liegt auf einem Hügel das interkonfessionelle Institut zur Förderung des interchristlichen Dialogs, das 1971 gegründet worden ist. Seither haben sich 2500 Orthodoxe, Katholiken und Anglikaner sowie andere Protestanten zu wissenschaftlichen Studien, zur Weiterbildung und zur geistlichen Recreation in Tantar aufgehalten. Zur Zeit wird das Institut von dem Paulinerpater Thomas Stransky geleitet. Tantar ist keine katholische Institution; es ist ein Kuriosum. Das Grundstück gehört dem Vatikan, von dem es für einen Dollar pro Jahr gepachtet ist. Die Gebäude, die Einrichtung, die Bibliothek, das Studienprogramm und der Lehrkörper werden von einem interreligiösen Komitee geleitet und durch die Universität Notre Dame in den Vereinigten Staaten finanziert. Stransky ist erst der zweite katholische Leiter. Die anderen gehörten anderen Konfessionen an, darunter ein Lutheraner und ein Quäker. Gegründet als ein Ort des interreligiösen Gesprächs und Studiums, hat die Einrichtung nach einigen Höhen und Tiefen ihr Ziel weitgehend erreicht. Die meisten Wissenschaftler kommen aus Europa, den Vereinigten Staaten, Afrika und Asien. Die Ostkirchen beteiligen sich nur sehr zögernd. Die griechisch-orthodoxe Kirche verweigert sich überhaupt, da sie der Einrichtung eine verdeckte „Proselytenmacherei“ unterstellt. Die gleiche Einstellung herrschte in der katholischen Kirche vor dem Zweiten Vatikanum vor. Tantar dient auch als Ort, wo ein „unveröffentlichter“ Dialog zwischen Juden und Muslimen stattfindet. Das Institut gehört ebenso wie Interfaith und die Fraternity dem ICCI als Mitgliedsorganisation an.

5. Interreligious Coordinating Council in Israel (ICCI). Dieser Dachorganisation gehören 30 Organisationen und Persönlichkeiten an, die den interreligiösen Dialog in Israel fördern wollen. Der Rat wurde kurz vor Ausbruch des zweiten Golfkriegs im Januar 1991 gegründet. Er will alle Aktivitäten registrieren, die in Israel auf diesem Gebiet stattfinden, und dies den anderen Organisationen zur Verfügung stellen. Durch die Weitergabe von Informationen an seine Mitglieder soll zur Klärung von Streitfragen beigetragen werden, um adäquat reagieren zu können. Der Rat schlägt seinen Mitgliedern aktuelle Themen vor und entwickelt Lösungsvorschläge mit interreligiöser Perspektive, die auf Konsens beruhen. Der ICCI beabsichtigt, zu einem Sprachrohr für den interreligiösen Diskurs zwischen den Gruppen zu werden. Es werden

Seminare, Vorträge und Konzerte organisiert sowie ein Veranstaltungskalender herausgegeben. Die Aktivitäten des Rates waren schon kurz nach seiner Gründung gefragt. Durch den Golfkrieg war es dringender denn je, Vorträge zu religiösen Fragen zu veranstalten, um Vorurteile und Animositäten zwischen den Religionen abzubauen. Der Rat spiegelt den disproportionalen Einfluß der aus dem westlichen Ausland kommenden Christen wider, aber dies wird sich langsam ändern, wie Ronald Kronish, der Vorsitzende, versicherte.

6. Al Liqa (Der Treff). Getrennt vom schleppenden Dialog in Israel, hat sich südlich von Jerusalem ein palästinensisches Zentrum entwickelt, das den christlich-muslimischen Dialog und im Ausland sogar den christlich-muslimisch-jüdischen Dialog pflegt. Es hat seinen Sitz in der Nähe von Bethlehem und war als Gegengewicht zu den Dialoggruppen in Israel gedacht. Seit Anfang der achtziger Jahre findet ein Dialog zwischen palästinensischen

Christen und Muslimen über soziale, soziologische und politische Themen statt. Das gemeinsame Erbe zwischen den beiden Religionsgruppen soll offengelegt und Lösungsmöglichkeiten im palästinensischen Kontext gesucht werden. Das Zentrum hält regelmäßig Tagungen ab, etwa über die Rolle der Religionen im Golfkrieg. Seit fünf Jahren gibt es einen ökumenischen Dialog im Westjordanland, an dem alle christlichen Kirchen teilnehmen. Das Novum besteht darin, daß sowohl Laien als auch Geistliche aller drei Glaubensrichtungen (Katholiken, Orthodoxe und Protestanten) beteiligt sind. Seit November 1990 gibt es auch einen Trialog. Dieser ist europäisch geprägt und findet nur im Ausland statt. So veranstaltete das schwedische „Life-and-Peace-Institut“ zusammen mit al Liqa und den „Klerikern für den Frieden“ eine Tagung in Sigtuna/Schweden zum Thema „Das Heilige Land im Konzept der drei monotheistischen Religionen“. Mitri Raheb hält es in dieser Phase für wichtig, den Trialog im Ausland stattfinden zu lassen, da die Zeit in „Israel-Palästina“ dafür noch nicht reif sei. Er lehnt jeden Dialog mit Gruppen wie Interfaith ab, da sie zu westlich orientiert seien. „Kein Dialog mit einer europäischen Agenda. Das Palästina-problem gehört auf die Tagesordnung eines jeden interreligiösen Dialogs in Europa.“ Daß dies nicht die einhellige Meinung des Zentrums widerspiegelt, zeigt die Teilnahme von Geris S. Khoury und anderen Mitgliedern von al Liqa an der Veranstaltung mit Interfaith.

In dem ökumenischen Dialog wird versucht, kontextuelle Theologie zu entwickeln. Für die Palästinenser stellt sich die Frage nach der angemessenen Bibellektüre: Wie ist zu reagieren, wenn „verheißenes Land“ das ist, was enteignet wird? Oder: Was heißt es für einen Christen, Christ unter einer Besatzungsmacht zu sein? Sollen die Christen Widerstand leisten oder Feindseligkeit üben? Diesen Fragen stellt sich das Zentrum. Mitri Raheb gehört neben Naim Stifan Ateek, Geris S. Khoury und Munib Jounan zu den Mitbegründern einer palästinensisch-christlichen „Befreiungstheologie“ im Kontext israelischer Besatzung. Diese Theologen machen die Europäer für die Leiden sowohl der Juden als auch der Palästinenser verantwortlich. Ohne den Holocaust hätten die europäischen Mächte nicht die Gründung des Staates Israel zugelassen; auch wäre es nicht zur Vertreibung von einer Million Palästinenser gekommen. Kritiker wie Malcolm Lowe, Mitarbeiter des Shalom-Hartmann-Instituts in Jerusalem, werfen den Vertretern der palästinensischen Theologie vor, ähnlich zu argumentieren wie während die „Deutschen Christen“ im Dritten Reich. Ihre Theologie sei zu sehr ideologisiert und gehe mit den historischen Fakten zu willkürlich um.

Israel ist nach den Worten eines englischen Autors „a world in a country“. Fast alle Probleme dieser Welt spiegeln sich in miniature in diesem Land, so auch die des interreligiösen Dialogs. Es gibt in Israel keine größeren interkonfessionellen Beziehungen, die über den interreligiösen Dialog hinausgehen. Alle Religionsgemeinschaften leben in „splendid isolation“, wie es der Rabbiner David Rosen von der Anti-Defamation League nennt. Den Grund sieht er in einer „vormodernen Weltanschauung“ der Menschen. Solange jede der christlichen Gemeinschaften den Standpunkt vertritt, sie repräsentiere das wahre Christentum und sei Träger der alleinigen Wahrheit, so lange wird es keinen fruchtbaren Dialog unter den Christen geben.

Mit dem in den fünfziger und sechziger Jahren eingerichteten, westlich orientierten Dialogmodell können weder Juden noch Christen oder Muslime etwas anfangen. Dieser Dialog wird nur von einer klei-

nen, westlich ausgerichteten jüdisch-christlichen Elite gepflegt und verstanden. Diese trifft sich bei offiziellen Anlässen, aber ihre Kontakte bleiben an der Oberfläche. Sie führen nicht zu einer sozialen Integration und erreichen nicht die breite Masse der Bevölkerung, die dem Dialog fremd gegenübersteht. Obwohl einige orthodoxe Juden am Dialog teilnehmen, bleibt das orthodoxe Establishment außerhalb. Seine Vorstellungswelt ist archaisch. Wie schwer sich die orthodoxen oder ultraorthodoxen Juden mit einem solchen Dialog tun, wurde auf einer Veranstaltung von Interfaith im Mai 1991 sichtbar. Dort diskutierten der Rabbiner Joel Schwarz, Lehrer einer Talmud-Hochschule im ultraorthodoxen Viertel Mea Shearim, Zwi Marx, Lehrer des neoorthodoxen Shalom-Hartmann-Instituts, sowie die Professoren Zeev Falk und Schlomo Rosenberg von der Hebräischen Universität. Es grenzt an eine Sensation, daß sich ein Vertreter der Ultraorthodoxen bereit gefunden hat, öffentlich mit „Ungläubigen“ zu diskutieren.

Der größte Teil der Juden Israels hat keinen demokratisch-pluralistischen Hintergrund. Den Juden aus den arabischen und den ehemaligen sozialistischen Ländern ist die westliche Spielart der Demokratie völlig fremd. Die Tatsache, daß die Zahl der arabischen Christen seit der Gründung des Staates Israel um ein Drittel zugenommen hat, wird von den Israelis mit Beunruhigung zur Kenntnis genommen. Dazu besteht jedoch wenig Anlaß, da die Missionstätigkeit der Christen unter den Juden seit der Gründung des Staates wenig erfolgversprechend war. So konvertieren im Schnitt jährlich sechs Juden zum Christentum. Fast 90 Prozent der Israelis haben niemals einen Christen, insbesondere einen modernen, westlich geprägten, kennengelernt. Falls Juden im Ausland einen Christen treffen, ist es meistens kein gläubiger. Die meisten Israelis empfinden die arabischen Christen oder Muslime als feindselig.

Eine weitere Schwierigkeit, die den Dialog belastet, ist die arabische Identität, der sich sowohl Christen als auch Muslime zu rechnen. Ihr Widerstand gegen die jüdische Herrschaft und die psychologischen Folgen der israelischen Besatzungspolitik haben einen Dialog hervorgebracht, der eine Kopie des westeuropäisch dominierten ist. Weder Muslime noch die arabischen Christen haben eine Beziehung zum jüdischen Staat und zum Judentum. Auch fehlt ihnen das Schuldbewußtsein gegenüber dem Holocaust, da sie dafür nicht verantwortlich gemacht werden wollen. Sie fühlen sich sogar selbst als Opfer. Dieses Schuldbewußtsein tragen nur westliche Christen mit sich herum. Das prämoderne Bewußtsein der arabischen Christen reflektiert auch nicht den latent vorhandenen Antisemitismus in ihrer Liturgie, und sie machen keinerlei Anstalten wie die westlichen Kirchen, diesen zu revidieren. Die meisten der einheimischen Christen sind damit beschäftigt, die Interessen ihrer jeweiligen Glaubensrichtung durchzusetzen, und haben kein Interesse an einem Dialog, bei dem sie, so glauben sie, nur verlieren können. So vertritt der griechisch-orthodoxe Patriarch Diodoros I. die Meinung, daß die anderen christlichen Gemeinschaften diesen Dialog dazu benutzen, „to steal members of his flock“. Seine Sorge ist insofern berechtigt, als eine große Anzahl orthodoxer Christen sich in letzter Zeit der römisch-katholischen oder der griechisch-katholischen Kirche angeschlossen haben.

Das bewußte Zögern der arabischen Christen

Warum beteiligen sich die arabischen Christen nicht oder nur zögerlich am in-

terreligiösen Dialog? Die Christen des Nahen Ostens befinden sich in einer prekären Lage: Einerseits definieren sie sich als eigene Minderheit und identifizieren sich mit der westlich-christlichen Welt, andererseits besteht der Zwang, die arabische Identität als Rechtfertigung für ihr Dasein im Islam herauszustellen. Daniel Rossing nennt drei Überlebensstrategien, die die Christen verfolgen, um ihre Identitätsprobleme zu lösen. Erstens können sie sich assimilieren: Heute kann man bei der Namensgebung auf den ersten Blick nicht

mehr erkennen, ob jemand Christ ist. Zweitens gibt es den revolutionären Weg, der versucht, die Gesellschaft radikal zu verändern. Für die Christen des Nahen Ostens bedeutet dies, die islamische Gesellschaft durch moderne westliche Normen und Verhaltensweisen zu reformieren, was gründlich gescheitert ist. Viele Christen waren führende arabische Nationalisten. Drittens können die Christen ihre Eigenarten in der Gesellschaft selbstbewußt leben. In einer Region wie dem Nahen Osten kann dies tödlich sein, wie das Beispiel des Libanon gezeigt hat. Schließlich kann man sich ins Ghetto zurückziehen, wie dies die Armenier in ihrem Teil Jerusalems tun. Was im Westen bisher nicht genügend berücksichtigt worden ist, ist die Tatsache, daß die Christen, abgesehen von einer kurzen Zeitspanne (bis zum siebten Jahrhundert), im Nahen Osten immer eine Minderheit gewesen sind. Der Dualismus von Minderheit und Mehrheit ist wichtig für den Dialog. Überall in der Welt sind die Juden gegenüber Christen und Muslimen in der Minderheit; nur in Israel stellen sie die Mehrheit. Dies müssen beide Gemeinschaften in Israel als Tatsache akzeptieren. Positiv an dieser Situation ist, daß die eine Seite von ihrer Hybris und ihrem Triumphalismus Abschied nehmen muß, wohingegen die andere ihr Unterdrückungssyndrom ablegen kann. Daraus könnte sich in Israel eine neue kulturelle Erfahrung entwickeln, die vielleicht zu einem originären interreligiösen Dialog führen könnte.

Die Schwierigkeiten, die die katholische Kirche mit den Juden hat, liegt in der Rückkehr derselben nach „Zion“, in der Gründung des Staates Israel und in der Besetzung Ostjerusalems im Jahre 1967. Die jahrhundertalte Lehre vom Exil als Ausdruck göttlicher Strafe – wegen der Ablehnung von Jesus durch die Juden – läßt sich nicht von heute auf morgen abstreifen. Der Vatikan hat seit 1948 die These von der Internationalisierung Jerusalems vertreten und den Zionismus abgelehnt. Da diese Strategie fehlgeschlagen ist, verlangt er jetzt internationale Garantien für die christlichen Gemeinschaften in Jerusalem. In Rom scheint man sich nicht die Frage zu stellen, wer diese Garantien geben soll und für welchen Teil der Stadt sie bestimmt sein sollen. Dieses Problem ist eines der Hindernisse, die der Anerkennung Israels durch den Vatikan im Wege stehen. Hinzu kommt der Druck der Christen des Nahen Ostens und der islamischen Staaten, die den Vatikan zögern lassen. Der Vatikan hat sich im Mai 1991 in einer Stellungnahme mit dem Titel „Dialog und Verkündigung“ nochmals ausdrücklich zum interreligiösen Dialog bekannt. Ziel dieses Dialogs müsse es sein, Spannungen und Konflikte in einem bestimmten Gebiet abzubauen. Dieser Dialog besitze in einer tiefen Bekehrung zu Gott hin seinen eigenen Wert. In diesem Bekehrungsprozeß „kann sich die Entscheidung ergeben, eine frühere geistliche oder religiöse Situation aufzugeben, um sich einer anderen zuzuwenden“.

Bei den protestantischen Denominationen ist die Lage unübersichtlicher. Vertreten einige die Ansicht, daß Israel den göttlichen Bund und damit das Recht auf das Land Israel „verwirkt“ habe, steht die Mehrzahl dem Anspruch der Juden auf einen eigenen Staat mit Sympathie gegenüber. Die fundamentalistischen Strömungen begrüßen die Rückkehr der Juden enthusiastisch als ein Anzeichen des nahen Beyorstehens der Wiederkunft Christi. Einige Gruppen identifizieren sich mit den radikalen Teilen der israelischen Gesellschaft. Sie lehnen jeden interreligiösen Dialog ab und stellen eine schwere Belastung für diesen dar. Die einseitige Unterstützung Israels durch diese Gruppierungen hat dazu geführt, daß die arabischen Christen in den besetzten Gebieten stark unter islamischen Druck geraten sind. Sie müssen sich dafür rechtfertigen, daß das Christentum die Besatzungsmacht auf Kosten der anderen Gläubigen unterstützt. Dies birgt die Gefahr in sich, daß alle Christen als Feinde der Muslime angesehen werden. Enormem Druck sind die Christen in Bethlehem und Ostjerusalem ausgesetzt. Sie müssen ihre Loyalität gegenüber der palästinensischen Sache jederzeit unter Beweis stellen. Dieser Druck hat zum Phänomen einer palästinensisch-christlichen „Befreiungstheologie“ geführt, die David Rosen für einen Rückfall in längst vergangene theologische Zeiten hält. Deshalb lehnen die arabischen Christen diese fundamentalistischen Gruppen entschieden ab, weil sie den Interessen der arabischen Christen schaden.

Einen Trialog mit den Muslimen gibt es nur sporadisch; und soweit er stattgefunden hat, war er ein Fehlschlag. So gehören einige muslimische Persönlichkeiten wie der Direktor des muslimisch religiösen Gerichts in Israel, Subhi Abu Gosh, oder Mithkal Natour von der Jerusalemer Stadtverwaltung dem ICCI an. Abu Gosh hat keine Probleme im Umgang mit Juden und Christen. „Muslime sind durch den Koran verpflichtet, mit beiden Buchreligionen Dialoge zu führen.“ Schwierigkeiten ergeben sich für Muslime, wenn es um dogmatische Fragen geht; auch ist ihnen die christliche Terminologie fremd. „Ich meine, man sollte die gemeinsamen Grundlagen herausstellen und sie fortentwickeln, die Unterschiede sollte man ebenso hervorheben und diese respektieren.“ Für Abu Gosh dient die Religion vielen Extremisten als Vehikel, um politische Ansprüche durchzusetzen.

Wenig Chancen für einen Trialog sieht auch Petra Heldt, da die „falschen Muslime“ daran teilnahmen. Die Autoritäten des Islam saßen nicht in Israel. Die sich von den Muslimen am Dialog beteiligten, seien islamische Vertreter aus dem Fernen Osten, Europa und einige Persönlichkeiten aus dem Nahen Osten, aber diese Vertreter seien nicht repräsentativ für den Islam. Bestimmend seien die Fundamentalisten in Teheran und Saudi-Arabien. Sie hätten das Geld und die Macht. Im Westen herrsche eine naive Haltung vor, die durch Kompromisse Erfolge vortäuschen wolle. Sie steht dem „Dhimmi“-System kritisch gegenüber, da es die Vertreter anderer Religionen zu einem unaufhaltsamen Niedergang verurteilt. (Dieses System garantiert den „Völkern des Buches“ einen Schutzstatus, betrachtet sie aber als Bürger zweiter Klasse.) Nur eine Konversion zum islamischen Glauben garantiert den Menschen gleichen Status in der Gesellschaft. Denjenigen, die diesen Schritt nicht tun wollen, bleibt als Alternative nur die Auswanderung oder die Flucht. Im Zuge der Reislamisierungswelle wird es für die Christen in den islamischen Staaten immer

schwieriger, sich zu behaupten. Eine unrühmliche Rolle spielt dabei die Türkei, in der die syrisch-orthodoxen Christen, die noch Aramäisch – die Sprache Jesu – sprechen, unter starken Repressionen leiden, so daß schon die meisten von ihnen geflohen sind. Solange der Islam das Dhimmi-System aufrechterhält, kann es keinen ernsthaften Dialog geben.

Nationalismus und Fundamentalismus

Der latent vorhandene arabische Nationalismus und der sich rapide ausbreitende islamische Fundamentalismus haben den Dialog mit den Muslimen auf Null reduziert. Jede Verständigungsmöglichkeit wird durch diese ideologische Verblendung verbaut. Der Druck auf Gesprächsbereite in den Gemeinden ist ein weiteres negatives Indiz. Auch fehlen den Muslimen geistliche Führungspersönlichkeiten, da die religiösen Autoritäten 1948 das Land verlassen haben und Jerusalem nie als Ort islamischer Gelehrsamkeit gegolten hat. Die Aussichten für einen jüdisch-muslimischen Dialog in Israel sind augenblicklich sehr gering. Er findet aber im Ausland statt. So hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung große Verdienste dadurch erworben, Juden, Christen und Muslime schon zweimal in den Jahren 1988 und 1991 in Sankt Augustin zusammengeführt zu haben. Ebenso hat die Stiftung islamisch-christliche Kolloquien in ihrer Zentrale (1981), in Jaunde (1983) und in Mohammedia/Marokko (1985) durchgeführt. Auch in Israel versucht die Stiftung den Trialog zu führen, wie im November 1991 geschehen. Im Trialog ist ebenfalls der Internationale Rat der Juden und Christen, dessen Zentrale im Martin-Buber-Haus in Heppenheim ist, engagiert. 1986 führte man in Salamanca/Spainien ein internationales Symposium zwischen Juden, Christen und Muslimen durch. In diesem internationalen Koordinationsrat sind 23 Mitgliedsländer vertreten. In jüngster Zeit sind Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen beigetreten. Anfragen zum Aufbau einer nationalen Organisationsstruktur liegen aus Moskau und Tiflis vor. Der Rat ist eingeladen worden, 1993 den Trialog in Israel fortzusetzen.

Wie wird sich der interreligiöse Dialog in Zukunft entwickeln? Nach David Rosen ist „interfaith activity in Israel a prophetic activity“. Dieser Dialog kann sich nicht nur auf religiöse Fragen beschränken, sondern muß auch politisch werden, wie dies die Propheten auch waren. Der interreligiöse Dialog ist delikat, er kann schon durch den kleinsten Zwischenfall unterbrochen werden; man braucht dabei gar nicht an den Versuch extremistischer Juden zu denken, den Felsenom zu sprengen. Schon die Reinigung der Schwelle zur Geburtskirche in Bethlehem hat zu großen Zerwürfnissen innerhalb der christlichen Gemeinschaft in Israel geführt. Vertrauensbildende Maßnahmen der Politik sind notwendig. So müßte Israel seine Einkreisungsmentalität und Siedlungspolitik aufgeben, was auch zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen den Religionen beitragen würde. Die Überbetonung des Sicherheitsaspektes, zuletzt wieder von Premierminister Schamir als wichtigstes Anliegen Israels bezeichnet, und ein aggressiver Zionismus korrespondieren mit einer Zunahme von Antisemitismus und Antizionismus in den besetzten Gebieten. Auch die in letzter Zeit aufgetretene Entfremdung zwischen westlichen Christen, die im christlich-jüdischen Dialog engagiert sind, und den arabischen Christen würde abgebaut. Der Dialog zwischen den Religionen kann langfristig zu einem besseren Verständnis untereinander beitragen. Viel guter Wille ist vorhanden, aber noch mehr Fanatismus und Irrationalismus.

Nur wenige Austritte

Im Bericht „Wenig Religionsfriede im Heiligen Land“ von Ludwig Watzal (F.A.Z. vom 21. Februar) hieß es, daß es durch „Differenzen mit der derzeitigen Generalsekretärin“ zu einer „Austrittswelle“ aus der „Ecumenical Theological Research Fraternity“ in Israel gekommen sei, „die die Fraternity ein Drittel ihrer Mitglieder kostete“, und daß „ganze Institutionen weggebrochen sind“. Es sind jedoch nur drei von etwa sechzig Theologen ausgetreten. Institutionen sind keine ausgetreten.

Malcolm Lowe, Shalom Hartman
Institut, Jerusalem